

Antrag

Fraktion der FDP

Hannover, den 15.11.2016

Erinnerung und Gedenken wahren - Stasi-Unterlagen als nationales Kulturgut sichern und zugänglich machen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die teils nur in zerstörter Form („zerrissenes Papier“) vorhandenen und in Säcken gelagerten Unterlagen der Staatssicherheit (Stasi) sind wichtige Dokumente der deutschen und europäischen Lebenswirklichkeit und Geschichte. Sie dokumentieren insbesondere die Überwachung und Bespitzelung der DDR-Bürger und gehören zu der Erinnerung an das Leben im DDR-Unrechtsstaat und die Verbrechen der Stasi, die das Leben einer ganzen Gesellschaft maßgeblich prägten. Um das Wirken der SED-Diktatur für nachfolgende Generationen nachvollziehbar zu machen und um Informationen und auch gezielte Fehlinformationen für Familien und Interessierte transparent zu machen, ist es notwendig, die Stasi-Unterlagen bundesweit zu sichern und die Zugänglichkeit mit einer Systematik herzustellen. Wegen der Papierqualitäten und des momentanen Erhaltungszustandes der Dokumente besteht letztlich ein Zeitdruck, den nur Experten bewerten können.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, sich bei der Bundesregierung für die Einrichtung eines zentralen Stasi-Unterlagen-Archivs einzusetzen und die Arbeiten zur Herstellung lesbarer Dokumente in der gebotenen Weise zu befördern. Als Vorbild könnte hier der International Tracing Service in Bad Arolsen dienen, ein Archiv und Dokumentationszentrum über NS-Verfolgte.

Begründung

Der Erhalt der Unterlagen der Staatssicherheit in der DDR ist von hoher Bedeutung, damit das Wissen über die Taten dieser Behörde und des gesamten Apparats der SED nicht verloren geht und auch in Zukunft zu diesem Thema geforscht und gelehrt werden kann. Die Erinnerung an das Unrecht der Diktatur in der DDR ist, ebenso wie die Erinnerung an das Unrecht der Diktatur des Dritten Reiches, unverzichtbar, um ähnliche Unrechtsregime in der Zukunft nicht mehr an die Macht kommen zu lassen. Dies wird umso wichtiger, je länger die Zeit dieser Diktaturen zurückliegt und je weniger Zeitzeugen es gibt. Es muss verhindert werden, dass wechselnde politische Mehrheiten über dieses kollektive Erbe verfügen können wie sie wollen.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer